

Gute Gründe für den Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk

- Gesundheitsförderung und Verhältnisprävention sind mehr als eine medizinische Fachdienstleistung. Sie benötigen die Initiative, die Ideen und die Leistungsfähigkeit vieler Berufe, der Politik, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft in all ihren Facetten.
- Kommunale Daseinsvorsorge für Soziales, Bildung, Sport, Mobilität, Umwelt und Natur, Grünflächen, Recycling und Energieeinsparung ist in weiten Teilen die beste Gesundheitsförderung und Verhältnisprävention. Es kommt darauf an, den jeweiligen „Gesundheitsanteil“ sichtbar zu machen und zu verstetigen. Die Aufmerksamkeit für die Leistungen guter Kommunalpolitik im Hinblick auf Gesundheit und gesunde Umweltbedingungen muss größer werden bei den Krankenkassen und den Entscheidern auf Bundes- und Länderebene und ihre Förderpraxis kommunalgerecht verändern.
- Die Mitgliedschaft jeder einzelnen Kommune im Gesunde Städte-Netzwerk (GSN) beruht auf einem formellen Beschluss der jeweiligen kommunalen Volksvertretung (Stadt-/Kreis- und Gemeinderäte/ Kreistage/ Bürgerschaften/ Bezirksverordneten-versammlungen/Regionsversammlung). Die Beschlüsse sind erforderlich aus Gründen der Nachhaltigkeit. Sie müssen die Verpflichtung auf das 9-Punkte-Programm des GSN und das Einverständnis mit den Zielen und Inhalten der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung beinhalten. Derzeit gehören 90 Kommunen, in denen über 24 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner leben, dem GSN an (Stand Mai 2021).
- Als kommunale Plattform für den Erfahrungsaustausch will das Gesunde Städte-Netzwerk einen qualifizierten, fachpolitischen Beitrag für Gesundheit und Lebensqualität in seinen Mitgliedskommunen leisten. Darüber hinaus wirbt das GSN um neue Mitgliedskommunen und vermittelt dafür das erforderliche Know-how im Sinne der WHO-Leitlinien für Europa und weltweit, der fachlichen und gesetzlichen Grundlagen der lebensweltlichen Gesundheitsförderung in Deutschland und in seinen Bundesländern sowie im Sinne des GSN-eigenen 9-Punkte-Programms.
- Als Mitgliedskommunen gewinnen Sie Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Kommunen und Einsicht in neue kommunal- und regionalpolitische Gestaltungsräume. Dafür führt das Netzwerk jährliche bundesweite Fachsymposien und Kompetenzforen durch. Seine Kompetenzzentren und regionalen Zusammenschlüsse stehen für die Beratung anderer Kommunen bereit. Das Netzwerk vermittelt Kontakte auf politischer, wissenschaftlicher und institutioneller Ebene der Kommunen, der Länder, des Bundes, der EU und der WHO.
- Durch die Mitarbeit im Netzwerk erreichen die kommunalen Akteure ein Ansehensplus in der eigenen Bevölkerung. Das Gesunde Städte-Netzwerk ist nach seiner Geschäftsordnung so verfasst, dass es einen möglichst niedrigschwelligen Zugang für Interessierte und freiwillig Tätige aus der Zivilgesellschaft (Vereine, Selbsthilfegruppen, Patienteninitiativen) ermöglicht. Das stärkt eine Kultur der Zusammenarbeit und neuer Ideen in modernen Gemeinschaften. Wirksame Lösungen in der kommunalen Daseinsvorsorge, versehen mit Konsens und Legitimation, werden auf diese Weise wahrscheinlicher.
- Kommunen im Gesunde Städte-Netzwerk erhalten darüber hinaus eher Anerkennung in der Fachwelt und in der Landes- und Bundespolitik. Nicht nur des Gesundheits- und Sektors, sondern auch in den Bereichen Umweltpolitik, Städtebau, Stadtentwicklung, und Demographie. Sie werden zu Ansprechpartnern für Krankenkassen, Hochschulen und Stiftungen und nicht zuletzt für politische Programme und Initiativen auf der regionalen und Landesebene und können auf diese Weise effektiver mit Partnern aller Art zusammenarbeiten bei Wahrung der Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung.
- Voraussetzung für Kooperationen mit Institutionen auf Bundes- und Länderebene ist die Unabhängigkeit des Gesunde Städte-Netzwerks. Das Netzwerk finanziert sich aus eigener Kraft und mit den freiwilligen Leistungen seiner Mitgliedskommunen. Erforderlich ist auch ein kommunalfreundliches Engagement von Fachpersonen bei überlokalen Institutionen und Einrichtungen der Bundesländer, des Bundes und der Krankenkassen. Das ist die wünschenswerte, aber auch notwendige Basis für nachhaltige Erfolge bei der lebensweltlichen und lebenslagenbezogenen Gesundheitsförderung und Verhältnisprävention in Deutschland.